Streitschrift:

Organisierte
Verantwortung
statt multipolarer
Ideologie

Fritz W. Peter

Streitschrift

- > für ein Denken in Perspektiven und
- > gegen multipolare Denkfehler

Vorbemerkung:

Im vorliegenden Text fasse ich ein eigenes Schreiben von April 2005 zusammen. Der Text geht zurück auf streitige Auseinandersetzungen zur Frage: Sollte "Multipolarität" als Vision und Programm gesehen werden oder ist es eher Illusion und Ideologie?

Der Dialog schloss einige Personen auf wissenschaftlicher und journalistischer Seite ein und richtete sich seinerzeit auch an einzelne, mit außenpolitischen Themen befasste Personen in der Politik.

Ergänzend zu diesem Text, vgl. meine "Thesen zur Ausrichtung des außenpolitischen Krisenmanagements auf den Iran-Konflikt", www.wadinet.de/news/dokus/140_Prinzip-der-regionalen-Verantwortung.pdf

Regionalismus sticht Multipolarismus: Gestärkte Regionalverantwortung als globales Ordnungselement

Fritz W. Peter, April 2005 (überprüft Mai 2006)

Das Denken und Handeln im Zusammenhang der Irak-Auseinandersetzungen verfing sich zwischen unipolaren und multipolaren Vorstellungen. Vormachtansprüchen setzten linksnationale und rechtsnationale Politiker in Europa das Wunschbild der "Multipolarität" entgegen. So entstand die Notgemeinschaft Schröder/Chirac, vornehm als "Achse" tituliert. Sie sollte Gegenpol sein – und erwies sich auch tatsächlich transatlantisch und europapolitisch als Blockadeinstrument, zum Nachteil aller Seiten! Für den politischen Alltag empfahl man nun verstärkt (das Wort hatte plötzlich Konjunktur) den Multi-Lateralismus als Allheilmittel. Sicher in aller Regel richtig, doch was heißt dies in Bezug auf den Denkansatz des Multi-Polarismus?

Die Klischeevorstellung einer <u>multipolaren</u> – "besseren" – Welt steht nicht nur hinter Schröders Worten, sondern spukt in vielen Köpfen.

Ich habe Schröders anbiedernde Worte auf dem Kirchentag 2003 noch im Ohr. Er adressierte eine Gruppe meist junger Kirchentagsbesucher. Es quoll gleichsam aus ihm heraus. Er empfahl ausdrücklich und wörtlich das Konzept einer *multipolaren* Welt. Die Szene wurde im Fernsehen im Rahmen der Schlussberichte über den Kirchentag übertragen, ist also dokumentiert. All dies inmitten des Debakels der Politik sowohl im transatlantischen wie im innereuropäischen Verhältnis! Der Auftritt (*bewusster medialer Stimmenfang*) war gegen Ende des Ökum. Kirchentags am 1.6.03. Schröders Worte (die er auf politischer Ebene zu diesem Zeitpunkt *nicht mehr hätte äußern dürfen*, ohne noch mehr politisches Porzellan zu zerschlagen) stachelten auf, er trug sie wie *Glaubenssätze* vor.

Polarität fördert in Wahrheit Status-Rivalität und ein Ausspielen der Mächte wie man es aus der Zeit der Ost-West-Bipolarität kennt. Schon vergessen? Jedenfalls ist der gedankenarme Rückgriff auf ein belastetes Konzept nicht unbedingt die geistige oder strategische Großtat, für die die "Achsen-Mechaniker" sie hielten. Der Multipolarismus beschwört das (sehr naive) *Trugbild einer Machtbalance*,

die sich im Neben-, Mit- und Gegeneinander der "Machtpole" gewissermaßen politisch "wertneutral" managen ließe. Es bedarf aber realistischer Leitbegriffe und Konzepte, die *tatsächlich* Orientierung geben, und die es im Wettbewerb mit der multipolaren Ideologie um die *Herzen und Denkwelten der Menschen* aufnehmen können.

Freilich wird es und soll es mehrere Kraftzentren bzw. "Pole" in der Weltpolitik geben, aber dies allein ist noch keine <u>handlungsleitende</u> Perspektive, eher eine reine Beschreibung. Für ein förderliches und handhabbares Miteinander in den internationalen Beziehungen (einschließlich der "Pol"-Beziehungen) kommt es mehr auf wechselseitige Inbezugsetzungen statt polarer Entgegensetzungen an. Die "Netze" sind wichtiger als die "Pole". Dies sollte auch in der Begrifflichkeit zum Ausdruck kommen.

"Zündstoff" ist genug in den internationalen Beziehungen. Warum zusätzlich eine von ihren "Polen" her definierte Architektur der internationalen Beziehungen konzipieren – und durch Vokabular und Denkgewohnheiten festschreiben? Politisches Denken mag "polarisieren", aber auch integrieren, z.B. wenn es von diplomatischer Absicht bestimmt ist (was Schröders Ansatz nie war).

Als "pluralistisches" Konzept (mehrere gleichrangige "Pole" stehen nebeneinander) ist das multipolare Konzept attraktiv und gewissermaßen ein weltgesellschaftliches demokratisches Ziel. Als Kampfbegriff gegen die Vormacht USA untergräbt es aber genau diese Perspektive. Es schafft ein unfruchtbares Gegeneinander, wo nur Zusammenarbeit weiterführend ist. Es bedient Illusionen, wo viel Realitätssinn gefragt ist. Es blockiert kreative politische Phantasie, die doch allentscheidend ist für die Lösung wachsender, immer neuer und immer größerer Problemstellungen auf unserem quietschenden und eiernden Globus – wenn ich es einmal so ausdrücken darf.

Der Ruf nach Multipolarität ist meistens großsprecherisch. Wolfgang Schäuble verwies darauf in einem WELT-Interview vom 2.4.05: "Wenn Schröder sich in der EU [mit seiner Absicht der Aufhebung des Waffen-Embargos gegen China] nicht durchsetzen kann, entsteht in China das Bild eines Großsprechers, der die Umsetzung seiner Ankündigung schuldig bleibt." – Die Großsprecher in Berlin und Paris verkörpern eine bedauerliche allg. Tendenz:

In großsprecherischer Manier hat man z.B. in der Lissabon-Erklärung den Mund in Bezug auf das Wachstum in der EU, auf die Entwicklung von Forschung und Bildung etc., viel zu voll genommen. Und wie ist zu bewerten, was soeben Indiens und Chinas Premiers verkündeten: "India and China can together reshape the world order." Der chinesische Gast erklärte beim Besuch in Indiens IT-Zentrum Bangalore, dass die beiden Länder zusammen die weltweite Technologie-Führerschaft übernehmen könnten, und sprach von einem "asiatischen Jahrhundert". Dem ist allerdings hinzuzufügen, dass zwischen dem Verkünden und Erreichen erstens fundamentaler gesellschaftlicher Wandel, zweitens lange fortdauerndes sowie umfassendes Wachstum, drittens-viertens-fünftens viele weitere Erfordernisse und Herausforderungen stehen. Das Träumen kann und darf man in der Politik dennoch nicht verbieten, es ist die menschlichere Seite des Machtspiels. Es bedarf aber sinnvoller Formeln, um aus Großsprecherei zielführende Orientierung werden zu lassen.

Eine Leitvorstellung zur maßvollen Orientierung des außenpolitischen Handelns könnte m.E. im Begriff "Regionalismus" gesucht werden – oder "Regionalität", um den "ismus" zu meiden. *Regionalität versus Polarität* bezeichnet den Kern einer mit Augenmaß verfolgten Selbstorientierung der Politik, gleichgültig ob in Europa oder Asien. Besonders um dieses Prinzip geht es mir im Text "Zukunftsgerechte Sitzverteilung im UNSR" (www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf).

Regionalismus (oder Regionalität) muss notwendigerweise den Globalisierungsprozess bewältigen helfen, schon um gegen dessen "Anonymität" Elemente politischer Gestaltungsmöglichkeit zu setzen. Es ist das sehr normale und natürliche Bestreben, wenn in den verschiedenen Räumen dieser Erde die jeweilige <u>Eigenidentität</u> gesucht wird – ja es ist geradezu *ein politisches Muss*, den Regionen das aktive Ringen um ihre Identität und Gestalt abzuverlangen. Die global "eingedampfte" Identität ist keine politische Lebensmöglichkeit.

Großstaaten, die halbe Kontinente sind, wie Russland, China, Indien, die USA, mögen auf *regionale* Identitätsbildung weniger angewiesen sein. Sie können auf die Durchsetzung *nationaler* Interessen und auf die "Karte" *nationaler* Identität setzen. Aber auch sie werden nationale Begrenztheiten durch regionale Kooperationen transzendieren wollen, wie obiges Beispiel zeigt.

Zudem erwächst aus <u>Regionalstrukturen</u> ein ganz anderes Maß an Verantwortungsdenken zur Lösung oder Eindämmung der "an allen Ecken und Enden" auftretenden Probleme des lokalen wie internationalen Zusammenlebens.

<u>Regionaler Gestaltungswille</u> bildet auch keinen Gegensatz zur Mitgestaltung auf globaler Ebene. Europa, Asien, Afrika, Lateinamerika, die arabische Welt – wer auch immer – begeben sich ja keineswegs der Möglichkeit *überregionaler* Einflussnahme, wenn Sie sich dezidiert als *Regionen*, statt als *Pole* dieser Welt definieren; sie lassen aber "die Kirche im Dorf", wenn sie sich nicht sogleich als "Machtpole" verstehen. – "Multipolarität" einzufordern ist in der heutigen Diskussion in aller Regel eine Selbstüberhöhung und "Luftnummer".

Regionalität ist nichts Zweitrangiges. Auch sie erfordert erhebliche Macht bzw. Durchsetzungsstärke. Zum Beispiel kommen Schröder, Chirac nicht umhin, ihre Liberalisierung des Waffengeschäfts mit China sowie ihr EU-Dominanzstreben überhaupt erst einmal in Europa durchzusetzen. An der Erfolgschance darf gezweifelt werden, und zwar je mehr sie es in der Absicht versuchen, einen neuen Machtpol in der Welt darstellen zu wollen. Europa als Region wird sich dazu nicht missbrauchen lassen wollen. Es geht den Menschen in Europa (wie auch in anderen Regionen) weniger um politische Selbstdarstellung als vielmehr um die Etablierung zufrieden stellender sozialer, wirtschaftlicher Existenzbedingungen und die Entfaltung kultureller Identität. Dafür allerdings ist die "Region" der vorrangige Rahmen, nicht aber das Gefühl oder Ziel, ein "Pol" oder "Machtpol" zu sein, mit anderen Worten, Regionalbezug der Politik impliziert nicht Schwäche, sondern Inhalt – und schließt überregionalen und globalen Bezug in gar keiner Weise aus.

Eine Welt der handlungsfähigen Regionen ist dem Inhalt nach auch eine multipolare Welt, dagegen ist eine am Maßstab der Multipolarität gebildete Welt abstrakt am <u>Sekundärziel von Geltung und Macht</u> ausgerichtet.

Der Traum von regionaler Verantwortung und politisch-kultureller und sozialökonomischer Emanzipation der Regionen (als *konkreten* Lebenswelten) sollte das Klischeebild der Multipolarität und die darin eingeschlossene *Abstraktion* (von den konkreten Lebensbedürfnissen) ablösen, in sich "aufheben" (um einen Terminus Hegels in seiner sinnstiftenden Bedeutung zu verwenden). Ein Machtpol kann Europa in absehbarer Zukunft nur in ziviler Hinsicht sein. Militärisch – operativ, strategisch, logistisch und hinsichtlich der Aufklärungsund Führungsmittel – ist schon der Vergleich mit Amerika anmaßend, ja lächerlich. Europa kann zwingende Macht nur projizieren im Verbund mit Amerika. Solcher Zwang ist aber auf Teilgebieten der Politik unerlässlich – wie z.B. zur Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und des Terrorismus und bei Interventionen wie in Afghanistan oder auf dem Balkan (und noch mehr bezüglich der anstehenden Herausforderungen im Mittleren Osten). Die Konzipierung von Politik im Sinne von "Multipolarität" ist in Wahrheit nur eine Variante von Groβmachtdenken bzw. Groβmachtansprüchen. Davon sollten wir eigentlich kuriert sein. Europa führt gegenüber Amerika gern seine größere historische Erfahrung ins Feld. Ist denn davon so viel vorhanden, dass manche Propagandisten dieses Gedankens den historischen Stoff nicht mehr zu bewältigen vermögen?

Das Prinzip der Regionalität im Sinne einer pluralen Welt sollte gegenüber dem multipolaren Großmachtdenken, das den Gehalt von Politik eher auf Statusfragen reduziert (deutscher UNSR-Sitz), aufgewertet werden, etwa auch indem Regionen Sitz und Stimme im "world body" der UN und des UNSR erhalten. Europa sollte weniger mit starken Worten als mit der Stärke seiner Region überzeugen. Die Vision starker Regionen kann in allen Teilen der Welt große Attraktivität entfalten. Europa kann sich dabei als Schrittmacher verstehen, als Vorbild, nicht als Vormacht. Stattdessen sendet die Politik Schröders und Chiracs Signale aus, die eher einen Rückfall in gedankliche Machtspiele bedeuten (und diese Tendenz anderwärts zu stimulieren scheinen).

Das durch Demographie, überlebte Wirtschaftskonzepte, Sozial- u. Verwaltungsbürokratie, verbreiteten Bildungsnotstand, deutliche Abwanderung von Industrie- und Forschungskapazitäten etc. zunehmend schwächelnde Europa wird in 10, 20 Jahren froh sein, wenn es als Region noch ein intakter, in der Welt angesehener Faktor ist. Bei dem geschmähten transatlantischen Partner aber wird das Durchschnittsalter der Menschen (so die Berechnungen für die USA) noch so sein wie jetzt, knapp unter 40 J., was freilich auch mit gesellschaftspolitischen Voraussetzungen zu tun hat und nahe legt, dass wir uns von Überheblichkeit gegen- über der anderen Seite auf intelligentere Kommentare verlagern sollten.

Es bedarf dazu politischer Begriffe und Konzepte. "Regionalismus" scheint mir eine mögliche Richtung der Argumentation und Handlung.

Gern möchte ich noch einen scheinbaren Randaspekt ansprechen. Immer wieder wird an einer Art Legendenbildung zur Rolle Schröders gearbeitet, indem der Name Bismarcks eingestreut wird – und sei es nur in geschickter, vorsichtiger, indirekter Weise, wie etwa in dem Beitrag v. Josef-Thomas Göller in: Das Parlament, Nr. 8, 21.2.05, im Teil: "Thema der Woche", S. 3: "Der lange Weg der transatlantischen Wiederannäherung". Zitieren möchte ich hier den letzten Absatz:

[wörtliche Wiedergabe, ohne äußere Zitatzeichen]

Die Herausforderungen an die deutsche Regierung als "leading nation" innerhalb Europas sind durch die Sicherheitspsychose der USA derart gewachsen, dass sich Bundeskanzler Schröder unter einem ähnlichen Erfolgsdruck befindet wie einst Bismarck, als er seine komplizierten Bündnisse flocht. Dem Bundeskanzler sei deshalb an dieser Stelle für sein Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten der Ausspruch Bismarcks als Rat mit auf den Weg gegeben: "Sympathien und Antipathien im Betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich (…) nicht zu rechtfertigen."

Bismarcks Verdienste lagen u.a. im erfolgreichen Bemühen um Stabilisierung der internationalen Beziehungen, Schröders Handeln hingegen wirkte und wirkt an vielen Stellen destabilisierend (siehe als Beispiele das Auseinanderdividieren Europas, die transatlantische Spaltung oder den schon angesprochenen *Versuch* der Aufhebung des China-Waffenembargos).

Schröders Kurs bewegt sich im Horizont Oskar *Lafontaines* und Egon *Bahrs*, das Atlantische Bündnis nachrangig zu behandeln, damit als *wichtiges* Forum nur noch die EU bleibt, die so zunehmend ein *eigener* "Machtpol" werden soll, auch z.T. als Gegengewicht zu Amerika. Deutschland hätte kraft Lage und Größe automatisch starken Einfluss im EU-"Gegenmacht-Pol". In dieser "multipolaren" Schröder-Lafontaine-Bahr'schen Europa-Konzeption ginge zu guter Letzt dann auch der Gaullismus auf – Gedankenspiele, die von der Realität bald eingeholt sein werden! [1]

Wie kann man derart fahrlässig in Fernost zündeln, wie Schröder es mit seiner Haltung in der Embargofrage tut? Im Wettlauf mit französischen Wirtschaftsinteressen und gegen die klare Mehrheitsmeinung in der EU will er sich China mit Waffenexporten andienen – auf Kosten von Friedenspolitik im schwierigen Verhältnis der beiden chinesischen Staaten! Der Konflikt zwischen beiden bekäme zwangsläufig neue Nahrung. Bei einer verschärften Krisenlage wäre nicht Deutschland, aber Amerika dort gefordert und gebunden! Deutschland könnte sich zurücklehnen und Europa könnte in vermeintlich "ziviler Mission" am Seitenrand stehen, während die USA sich durch Machtprojektion auszehren. Schröder muss nicht genau dieses Ziel verfolgen – es würde aber erklären, warum ihn ein Krisenszenario in Fernost offenbar nicht schreckt, jedenfalls nicht erkennbar, sondern sogar antreibt, denn er will sich ja offenbar mit seiner Linie trotz der geringen Erfolgschance unbedingt gegen die EU-Partner durchsetzen.

Ein Konzept der Entwicklung der Regionen sollte an die Stelle nationalstaatlicher Machtspiele treten. Europa, das selbst eine in Entwicklung begriffene Region ist, könnte sein Handeln bewusster an einem "Regionalprinzip" der Außenpolitik ausrichten. Um den Unterschied nochmals am Beispiel zu verdeutlichen: Das chinesische Säbelrasseln hinzunehmen, passt wenig in ein außenpolitisches Konzept regionaler Entwicklung (das nicht nur auf China fixiert wäre, sondern die weitere Region im Blick hat), aber sehr wohl in das multipolare Denkmodell, das Machtaspekte zum Maßstab nimmt und in dem China wegen seiner schieren Größe seit langem im Vorgriff einen festen (nationalstaatlichen) Sitz reserviert bekommen hat. China, verstanden als "Pol", verengt den Blick. Aber verstanden als gestaltender und vernetzter Faktor einer Region, d.h. verstanden als nationalstaatlicher Faktor einerseits und nationalstaatlicher Teil eines regionalen Faktors andererseits, signalisiert allen Partnern dieser Region die (nötige) Zugewandtheit unserer Politik bzw. der EU-Politik. Regionale Entwicklung gibt der Politik einen **Maßstab**, der erstens inhaltlicher (verantwortungsbezogener, konkreter) ist als der abstrakte Machtverfolg entlang der Linie eines "multipolaren" Denkens und der zweitens den wichtigen Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit und Begrenztheit von Politik nicht verkennt. Man holt Politik damit gleichsam zu ihrer Zweckbestimmung zurück, nämlich für die Menschen etwas Konkretes zu bewirken, das sie in ihrer Lebenssphäre fördert. [2]

<u>Anmerkungen:</u>

- Peter "Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik", 10/2005, S. 8/9, [1] www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf; Textstelle: "Schröder mag es bezweckt oder nicht bezweckt haben, sein Beitrag zur Relativierung des Bündnisgewichts Deutschlands und Europas aus amerikanischer strategischer Sicht ist nicht zu übersehen und wird nachwirken – und dies heißt in der Konsequenz auch, dass er sich zum Erfüllungsgehilfen derjenigen in seinem politischen Umfeld gemacht hat, die dem westlichen Bündnis stets distanziert oder in der Tendenz ablehnend gegenüber standen. Leider geht man nicht fehl zu sagen, dass die Linie Lafontaines (der diese Haltung zum Atlantischen Bündnis stets und vor Jahren ganz offen einnahm) von Schröder exekutiert wurde. In der Tat "bedurfte es nicht des Saarländers" (damaliges Wort der SPD-Parteispitze nach Lafontaines Ausscheren aus der Regierung, das sich in ironischer Verkehrung bewahrheitete), denn seine Linie vollzog sich auch ohne sein Eingreifen. – Eine Klarstellung, dass die "Funkstille" im transatlantischen Verhältnis und die Infragestellung des Bündnisses nicht im deutschen Interesse liegt, wie mit dem Besuch der Oppositionsführerin Frau Merkel in Washington deutlich gemacht wurde, war gerechtfertigt und auch notwendig. Wenn sich das politische Handeln freilich nur danach ausrichtet, was wahltaktisch opportun ist, so könnte die Richtigkeit des damaligen Besuchs dahinstehen – dies mag jeder nach seinem Charakter beurteilen. Wer allerdings bedenkt (und dies tun begreiflicherweise besonders alle mittelund osteuropäischen Staaten), dass z.B. Europa ohne den Faktor Amerika heute wohl kaum frei (selbstbestimmt) und geeint wäre, der jedenfalls wird "im Schlachtgetümmel der Tagespolitik" eher *nicht* den Überblick verlieren, welche strategische Relevanz die transatlantischen Beziehungen haben.
- [2] Mit speziellem Bezug auf das Thema der Reform des UN-Sicherheitsrats und der Frage seiner Zusammensetzung wird der (oben angesprochene) am Prinzip der Regionalverantwortung orientierte Denkansatz erörtert in: Fritz Peter, "Gerechte und zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung" (20 S.), 12/2004, www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf.

Internationale Themen

[Fritz W. Peter]

Ein Vorschlag zum Umgang mit dem Iran, 5/06 www.wadinet.de/news/dokus/150 Vorschlagzum-Umgang-mit-dem-Iran.pdf

Instrumenteller Islam. Es fehlt die Militanz der Moderaten, 4/06 www.wadinet.de/news/dokus/120 Es-fehlt-die-Militanz-der-Moderaten.pdf

Irak/EU: Wenn es an Diplomatie und Hintergrundanalyse fehlt, 3/06 www.wadinet.de/news/dokus/112_fehlende-Diplomatie-im-Irak-Konflikt.pdf

Bleibt es bei rhetorischer statt substanzieller EU-Außenpolitik?, 3/06 www.wadinet.de/news/dokus/128 Ende-einer-nur-rhetorischen-Aussenpol.pdf

Wohin treibt Russland? Wuchernder Staat auf Kosten der Gesellschaft, 2/06, www.wadinet.de/news/dokus/131 Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf

Iran: Programmierter head crash? Mit Kalkül vor die Wand, 2/06 www.wadinet.de/news/dokus/124 Mit-Kalkuel-vor-die-Wand--Teheran.pdf

EU und Hamas mit der Chance zum Lernen, 2/06 www.wadinet.de/news/dokus/125_Politische-Lern-Chance-fuer-Hamas.pdf

EU mit außenpolitischer Neuorientierung? Hamas als Testfall, 2/06 www.wadinet.de/news/dokus/126 Antwort-auf-polit-Islamismus.pdf

Iran-Sanktionen – nur eine virtuelle Realität?, 2/06 www.wadinet.de/news/dokus/127_Sanktionen-nicht-nur-virtuelle-Realitaet.pdf

Diffamierender Journalismus – bewusst oder fahrlässig?, 2/06 www.wadinet.de/news/dokus/129 Diffamierender-Journalismus--Bsp-WZ.pdf

Kulturkampf um Toleranz und Rationalität, 2/06 www.wadinet.de/news/dokus/121 Begriff-von-Toleranz-und-Rationalitaet.pdf

Lass Gras wachsen über Grass-Zitat. Sottisen im Karik.-Streit, 2/06 www.wadinet.de/news/dokus/122 Lass-Gras-wachsen-ueber-Grass-Zitat.pdf

Karikaturen-Streit: Biographisches/Soziologisches (Saunders), 2/06 www.wadinet.de/news/dokus/109_Karikaturen-Streit-Akkari-und-Khader.pdf

Politischer Dialog – Inhalt oder Floskel? Ein Mail-Dialog, 2/06 www.wadinet.de/news/dokus/123 Politischer-Dialog--Inhalt-oder-Floskel.pdf

Es soll Recht statt Rache walten, Interview mit Saddams Richter, 12/05 www.wadinet.de/news/dokus/99 Saddam-Richter-und-David-Ignatius.pdf

Saddams assyrischer General (u.a. zum Thema WMD), 2/06 www.wadinet.de/news/dokus/111_Saddams-assyrischer-General_WMD.pdf

Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik, 10/05 www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf

Streitschrift: Organisierte Verantwortung statt multipolarer Ideologie, 4/05, <u>überprüft und ergänzt 5/06</u> (der Titel lautete in der Version v. 4/05: <u>Das Prinzip der Regionalverantwortung</u>) www.wadinet.de/news/dokus/140_Prinzip-der-regionalen-Verantwortung.pdf

Außenpolitik – Fehler und Lehren, 2/05 www.wadinet.de/news/dokus/Dialog-Text.pdf

Gerechte und zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung, 12/04 www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf

Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik, 10/04 www.wadinet.de/news/dokus/Das Alte Europa.pdf

Die Irak-Erfahrung – Lehrstunde für Völkerrechtler?,

Teil 1, 4/04: www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage Irak Teil-1.pdf
Teil 2, 8/04: www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-2.pdf

Völkerrechtsthema Irak – Thema mit Substanz?, 10/05 www.wadinet.de/news/dokus/Irak-und-das-Voelkerrecht.pdf

Guter und schlechter Journalismus (zum Genozid im Irak), 10/05 www.wadinet.de/news/dokus/19_Guter-und-schlechter-Journalismus.pdf

Die Wahlen im Irak (übers. Text), 3/05 www.wadinet.de/news/dokus/Die_Wahlen_im_Irak.pdf

Keine Tyrannenfeinde (übers. Text), 2/05 www.wadinet.de/news/dokus/2005-Recent_Story.pdf

From Outside the Sunni Triangle, 2/05 www.wadinet.de/news/dokus/2005-Recent Story.pdf

Innenpolitische Themen

Neustart einer Regierung – gedankliche Schritte zum Erfolg, 11/05 www.wadinet.de/news/dokus/10_Neustart-Regierung-3-11-05.pdf

Pragmatik und Systematik im politischen Handeln, 8/05 www.wadinet.de/news/dokus/36 Pragmatik-und-Systematik.pdf

Nach Rotgrün: Weg frei für fundiertere Politik, 7/05 www.wadinet.de/news/dokus/32_fuer-fundierte-Politik.pdf

Kanzlerduell – und politische Vision, 7/05 www.wadinet.de/news/dokus/30 Kanzlerduell.pdf